Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Juni 11, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General-Auditor:

Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:

Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Verschoben. — Wegen Mangel an Raum sind wir genöthigt, unsern Reisebericht (nach Pittsburg und Umgegend) bis zur nächsten Nummer zu verschieben.

Schmählich.—Unter allen radikalen Blättern hat sich keins so hundsgemein gegen den verstorbenen Ex-Präsidenten, James Buchanan, benommen, als die hiesige "State Guard", da sie noch ihr stinkendes Gift auf den alten Greis ausspie, nachdem er bereits todt im Sarge lag!—Pfui, Schande.

Der „Patriot & Union."

Dieses seit einer Reihe von Jahren in Harrisburg erscheinende demokratische Tageblatt, ist letzte Woche in andere Hände übergegangen, und erscheint jetzt unter der Firma: Meyers, Brown & Moore., da diese Herren die Druckerei käuflich an sich gebracht haben. Das Blatt ist bedeutend vergrößert, hat ein sehr hübsches Aussehen, und ist mit vielem Fleiß, Umsicht und Energie redigirt.

Die neue Firma hat dem Blatt den Namen "Morning Patriot" gegeben, und zweifeln wir nicht, daß unter der Leitung dieser tüchtigen Männern der "Patriot" einen neuen Aufschwung erhalten, und ehe lange als eines der besten englischen Blättern, wenn nicht das beste im Staate gelten wird. Wir gratuliren der neuen Firma und hoffen, daß das gemeinschaftliche Zusammenwirken des "Patriot" und der „Staatszeitung" (sie erscheinen ja unter einem und demselben Dache) in der guten alten demokratischen Sache vom besten Erfolge gekrönt werden möge.—Hier unsre Hand zum Bunde.

Unsern scheidenden Collegen, den Herren Miller, Boas und Hite wünschen wir noch viele Jahre der Gesundheit und des Friedens. Möge der von ihnen für die Sache der Demokratie ausgestreute Same hundertfältige Früchte bringen.

Enorme Verschwendung!

Nach der soeben ausgestellten Versicherung des Schatzmeisters der Ver. St. belaufen sich die Ausgaben der Regierung zu Waschington für den Monat Mai auf

45 und eine halbe Million

Dollars!! Demnach würden sich die jährlichen Ausgaben auf

fünf Hundert und acht und dreißig Million

Dollars belaufen! Und dieß zur Zeit des Friedens!!! Das Freedmens Bureau, durch welches dem Süden die Negergleichheit aufgezwungen werden soll, kostet allein jährlich **Ein Hundert Millionen Dollars!!** Was sagt das Volk zu diesen enormen Ausgaben?—Will es sich noch länger ausbeuteln und besteuern lassen? Wer dieses nicht will, darf nächsten Herbst für keine radikalen Kandidaten stimmen. Ulyssus Grant steht als Präsidentschafts Candidat auf einer Plattform, welche verspricht, daß diese Ausgaben noch lange Zeit fortdauern sollen. Wird ihn das Volk erwählen? Nie und nimmer!

Das Capitol als Staats-Gefängniß.

Das Impeachment ist zu Ende. Aber die Impeacher sind noch nicht zu Ende. Sie haben Neigung, sich für permanent zu erklären, um als stehendes Inquisitions-Tribunal die hohe Polizei im Lande zu üben, ganz nach der Art der spanischen Inquisition, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz, mit absoluter Willkür, umgeben von feilen Spitzeln und Spionen, denen kein Recht auf Freiheit der Person und des Eigenthums heilig ist und vor welchen kein Brief-, kein Privat-, Familien- oder Geschäftsgeheimniß existirt.

Die hohen Staats-Polizeiherren in Washington wollen versuchen, dem Impeachment einen zweiten Akt hinzuzufügen. Sie fragen gar nicht nach der Erlaubniß des Hauses dazu, sie setzen dieselbe stillschweigend voraus. Und darin haben sie recht. Denn als sie neue Anträge zur Verfolgung von widerspenstigen Zeugen im Impeachments-Prozeß einbrachten, wurden diese von der Mehrheit der Hauses genehmigt.

Das moderne Inquisitions-Gericht muß seine Folterkammer und sein Inquisitions-Gefängniß haben. Deshalb hat das Haus beschlossen, mehrere Zimmer im Capitol zum Staats-Gefängniß zu machen.

Der widerspenstige Zeuge Wooley, welcher durchaus keine Rechenschaft über seine Privatgeschäfte geben will, ist die Veranlassung zu dieser Maßregel. Der Congreß besaß für seine rechtswidrigen Verhaftungen bis jetzt noch kein Haftslokal; da jedoch die Impeacher Alles daran setzen wollen, um die Corruption eines oder des andern Senators nachzuweisen, so wird es auch an Verhaftungen von widerspenstigen Zeugen nicht fehlen, die man so lange durch Haft zu foltern gedenkt, bis sie gestehen, was man wünscht, oder sich so in Widersprüche verwickeln bei unausgesetztem Inquiriren in Butler'schem Style, daß man daraus folgern kann, was man will.

Zu dieser Inquisition bedarf man eines Inquisitions-Gefängnisses. Und so haben wir denn das Schauspiel, daß das Capitol der Nation, welches der Tempel der Freiheit sein soll, zum Staatsgefängniß, zur Zwingburg wird, um darin Bürger in Haft zu halten, welche verweigerten, sich vor der Willkür der Impeacher-Clique zu beugen. Die Freiheit wird zur Sklaverei, der Congreß wird zum Polizei-Tribunal und das Capitol wird zu einem Gefängniß. Höchst consequent—aber schmählich!

Todes-Anzeige!!!

Hier ruht in Frieden der

Impeachment-Prozeß,

geboren im Jahre des Heils 1867 in Washington, D. C., Hauptstadt der Veruneinigten Staaten. Derselbe ist ein unehelicher Sohn von Edwin M. Stanton und der Gemahlin Mrs. Thaddäus Stevens, welche mit dem Kinde schon im siebenten Monate niederkam, wodurch dasselbe nie recht stark wurde und im darauffolgenden Jahre, trotz aller von Chicago aus gesandten Medikamente, am 27sten Mai ganz unerwartet entschlief.

An dem Grabe der früh verwelkten Hoffnungsblume weinen als nächste Leidtragende Mr. Ben. Wade nebst Gemahlin, welche durch den plötzlichen Tod ihre Anrechte auf das weiße Haus und auf die Präsidentschaft der Veruneinigten Staaten verloren, Onkle Ben. Butler alias Löffeldieb, Ex-Postmeister Bergner und 35 Vettern, welche alles mögliche versuchten, das Leben des geliebten Anverwandten zu erhalten, und die große, weit im Lande verzweigte Familie **„Nigger"**, welche ihrem Schmerze Ausdrucke zu geben versuchte in den zu Chicago gefaßten Beschlüssen, die dem todten Lieblinge mit in's Grab gegeben wurden.

Friede seiner Asche!

Ein smarter Nigger.

Zu der radikalen National Convention in Chicago waren auch etwa 60 Neger als Delegaten erwählt, von denen sich aber nur wenige einfanden, da die meisten es vorgezogen hatten, ihre Mandate zu verkaufen. Einer dieser schwarzen Intelligenzen, Langston heißt er, hielt eine Rede in der Convention, worin er der Adoptivbürger mit folgenden Worten gedachte:

„Die Zeit ist vorüber, als man dem Irländer und Deutschen wegen seiner Stimme schmeichelte. Dank Gott und Grant! man zieht ihnen jetzt den Neger vor."

In der That, dieser Herr Neger fühlt sich bereits erhaben über den Irländer und Deutschen! Wundern sollte es uns nicht, demnächst an den Herren Negern eben so entschiedene Knownothings und Deutschenhasser zu finden, wie in 1854 an den Gründern der republikanischen Partei.

Als eine weitere Probe der schwarzen Intelligenz lassen wir noch einen Satz aus der erwähnten Rede hiernach folgen:

„Ich repräsentire 500,000 Neger-Stimmgeber, welche in der Religion nur Christus und in der Politik nur Grant und die republikanische Partei kennen. Wo immer der Neger stimmt, erhebt er sich für die Partei, welche bei der Bibel, der Constitution und der Chicago Platform steht. Wenn ein Mann in dieser Convention ist, dessen Constituenten eine ehrenhaftere Vergangenheit haben, so möchte ich ihn sehen. Sie alle stehen zur Bibel und der Constitution."

Was sagen die deutschen Bibelfeinde zu diesem frommen Erguße ihres schwarzen Bruders?

Die Rede von Karl Schurz

in der radikalen Chicago Convention gibt dem St. Louiser Anzeiger des Westens Veranlassung zu folgenden treffenden Bemerkungen:

„Hier ist eine der Stellen, die wir herausgreifen, weil sie mit „langandauerndem Jubel" begrüßt wurde:

„Wer auch unser Freund, wer auch unser Feind werden möge, laßt uns stetig vorwärts marschiren mit dem unbeugsamen Entschlusse, alle uns obliegenden Pflichten zu erfüllen — Gerechtigkeit zu sichern dem Soldaten, der unsere Schlachten focht, Gerechtigkeit dem südlichen Unionsmann, der sein Leben auf das Spiel gesetzt hat, Gerechtigkeit der farbigen Rasse, der wir ewige Freiheit versprochen haben, Gerechtigkeit dem Gläubiger der Nation, der uns Credit gegeben."

Worte, Worte nichts als Worte! Was hat er gesagt? fragt das Michigan Volksblatt. Gerechtigkeit dem Soldaten, wer will sie ihm vorenthalten, oder worin besteht diese Gerechtigkeit? Bedeutet sie etwa mehr Bounty? Gerechtigkeit den Negern—wer läugnet ihre Freiheit für immer und was soll diese Gerechtigkeit, die Herr Schurz für sie fordert? Wenn er damit sofortiges Negerstimmrecht meint, warum sagt er es nicht mit einfachen klaren Worten? Gerechtigkeit für die Gläubiger der Nation—das bedeutet natürlich Gold. Es bedeutet, daß für 50 Dollars, die ein Gläubiger geliehen, er etwa 150 zurückerhalten soll. Wir wollen dagegen heute nicht polemisiren. Hr. Schurz verlangt Gerechtigkeit für Soldaten, Neger und Bundesgläubiger. Dies seien die Pflichten, welche der republikanischen Partei obliegen, und wir anerkennen sie. Aber wo bleibt die Nation, wo bleibt die Masse des Volkes, was sind die Pflichten, welche die republikanische Partei gegen diese Massen zu erfüllen hat? Hat das Volk keine anderen Interessen mehr, als die der Soldaten, Neger und Bundesgläubiger, ist die ganze politische Aufgabe in den Pflichten erschöpft, welche das Volk gegen Soldaten, Neger und Bundesgläubiger haben mag?

Fast scheint es so. Wenigstens suchen wir in der Schurz'schen Rede vergeblich nach Gedanken und Forderungen, die sich auf die Freiheit und Wohlfahrt des ganzen Volkes beziehen. Selbst an Phrasen darüber fehlt es."

Wie gefällts?

Der in Dubuque, Iowa, erscheinende „National Demokrat" schreibt; Die radikalen Mucker- und Kaltwasser-Ritter Iowa's sind bereits an der Arbeit, um dem neuen von der radikalen Legislatur passirten Gesetz, welches Verbot den Verkauf von Bier und Wein durch Townships ꝛc. gestattet, Geltung zu verschaffen. In Oscaloosa wurde am 25 Mai darüber abgestimmt, in Waverley muß bereits jeder Saloon-Wirt und Brauer eine Summe von $200 im Stadtschatz deponiren, bevor er Bier verkaufen darf, und sogar in unserm eigenen County, in dem radikalen Fleckchen Farley, hat die Hitzjagd auf Saloon Wirthe angefangen, indem man einem Deutschen, Namens Charles Norling, seinen ganzen Vorrath von Bier, Wein, Liquören ꝛc. fortnahm und wegen Verletzung des Gesetzes verhaftete. Wir müssen uns diesmal kurz fassen, aber wir fragen die deutschen Befürworter der radikalen Partei wie es ihnen gefällt? Nur immer radikal gestimmt! Später wird's schöner.

Stimmen-Schacher in Chicago.

Wie es bei der radikalen Convention in Chicago neulich zuging, darüber gibt uns „Mack," der Correspondent des Cincinnati „Commercial" folgenddes Licht:

„Ein so directer, offener Stimmen-Schacher, wie es hier heute Abend im Interesse des Gouverneurs Fenton von New-York getrieben wird, ist noch in keiner Convention vorgekommen. Summen von 500 Dollars werden ganz öffentlich für einflußreiche Stimmen in den südlichen Delegationen geboten. Fenton hat bereits Louisiana aufgekauft und sucht nun Virginian, Alabama, Süd-Carolina und Georgia aufzukaufen. Die Louisiana-Delegation kostete ihm 1500 Dollars. Auf alle Proteste gegen diese corrupte Anwendung des Geldes erwiedern Fenton's Freunde, daß das Geld ihnen nicht gegeben wird, um ihre Stimmen zu kaufen, sondern um sie für ihre Reisekosten zu entschädigen."

Fenton wollte gern als Vice-Präsidentschafts-Candidat ernannt werden. Die südlichen Delegationen bestehen größtentheils aus sogenannten Carpet-Baggers, das heißt, aus nördlichen politischen Abenteurern; daß dies grundsatzlose Gelichter spottbillig zu kaufen ist, liegt auf der Hand. Die Partei der „moralischen Ideen" versteht sich auf solche Dinge. Deßhalb kommt es einem doppelt spanisch vor, wenn Carl Schurz in seiner Rede von einer Bekämpfung der Corruption durch die radikale Partei faselt.

Der bestrittene Sitz.

Die Radikalen haben an ihrer Zweidrittels-Majorität im Haus noch nicht genug, und suchen sich unter den nichtigsten Vorwänden ihrer Opponenten zu entledigen. Heute beschloß das Haus mit 80 gegen 95 Stimmen, der Demokrat Morgan von Ohio habe seinen Sitz an Delano (R.) von da abzutreten. Dies sichert Morgan's Sieg bei der nächsten Wahl mit 3000 Majorität.

Man schöpfe Athem!

„Den Candidaten der radikal republikanisch-demokratisch-revolutionair-sozialistisch-komunistisch-atheistisch-materialistischen Unions-Volks-National-Humanitäts-Gleichheits-Dankbarkeits-Gerechtigkeits-Partei," heißt der Bostoner Pionier den Gen. Grant.

Sind ärgerlich.—Grant und Colfax sind sehr ärgerlich über die Freisprechung des Präsidenten. Beide versuchten ihr Möglichstes, um seine Verurtheilung zu erzielen. Im November steht ihnen eine noch schlimmere Enttäuschung bevor. Die Herrschaft der Jacobiner geht zu Ende, um der Herrschaft der Constitution Platz zu machen.

Aha! jetzt hat's g'schellt.

Die frommen Mucker sind noch nicht einmal mit dem Whiskey fertig, und jetzt wollen sie auch gegen den Tabak zu Felde ziehen.

In der kürzlich in Chicago tagenden General Conferenz der Methodisten ward folgender Beschluß eingebracht:

Die Zeit ist gekommen, wo wir entschieden in der Angelegenheit des Tabacks auftreten sollten, daß einer, der Tabak braucht, als ein unmütziger Mann betrachtet und behandelt, und nicht zur Mitgliederschaft der Kirche zugelassen werden sollte.

Nur frisch drauf los, ihr Herren Radikalen. Es wird immer besser.

Proklamation des Präsidenten

zu Ehren von

James Buchanan.

Washington, 2. Juni 1868.

Der Präsident kündigt mit tiefem Bedauern dem Volke der Vereinigten Staaten den Tod seines geehrten Vorgängers im Amte, James Buchanan an, der am 1sten d. M. zu Wheatland, Pa., starb.

Das Ereigniß wird Trauer in der Nation hervorrufen über den Verlust eines hervorragenden Bürgers und geehrten öffentlichen Dieners. Als ein Zeichen der Achtung für sein Angedenken wird angeordnet, daß die Executiv-Departments sofort mit Trauerflor drapirt werden und daß an dem Beerdigungstage alle Geschäfte ruhen.

Es wird ferner angeordnet, daß das Kriegsdepartment und das Marinedepartment die geeigneten militärischen Ehrenbezeugungen für den Todten veranlassen.

Andrew Johnson.

Verwerfung der Romination von Mr. Stanbery.

Washington, 2. Juni. Der Senat hat heute in der Exekutivsitzung die Ernennung von Mr. Stanbery zum General Attorney verworfen. Es heißt, daß seine Wiederanstellung in jenem Amte, bei den Senatoren hauptsächlich wegen seiner Feindseligkeit gegen die Reconstruktions-Maßregeln Widerspruch fand.

Demokratischer Wahlsieg in Oregon.

San Francisco, 2. Juni. Die Wahl, welche am 1. Juni in Oregon abgehalten wurde, resultirte in einem Triumph der Demokraten. Der dem. Candidat für Congreß wurde mit über 1000 Majorität gewählt; Portland County gibt 21 dem. Majorität. Die Legislativ und County Beamten sind fast alle Demokraten.

Aufruf von Soldaten an ihre Waffenbrüder

zur Abhaltung einer National Convention.

Das National Executiv Comite, das die Cleveland Convention vom 17. September 1866 ernannte, hat folgenden Aufruf erlassen:

Washington, 4. Juni 1868.

In Verfolg einer Resolution des National Executiv-Comites, das von der Soldaten und Matrosen Convention, die am 17. Sept. 1866 in Cleveland, Ohio, versammelt war, ernannt wurde, wird eine National Delegaten Convention aller Derjenigen, die in der Armee und Flotte während der letzten Rebellion dienten, und die das Land von der Herrschaft der radikalen Partei erlösen wollen, zusammenberufen, um in der Stadt New York am 4. Juli d. J. zusammen zu kommen. Delegationen werden werden von jedem Staate in solcher Manier und in solcher Zahl gewählt werden, als die verschiedenen Executiv-Comites vorzeichnen mögen, und jede Delegation wird in asen Verhandlungen der Convention die Anzahl der Stimmen abgeben, zu welchen deren Staat im Electoral-Collegium berechtigt ist.

General Grant ist der Candidat der radikalen Partei, die seit drei Jahren die Erreichung fast aller Zwecke des Krieges verhindert und die Gewalten, die ihr zu deren Erhaltung anvertraut wurden, zur Vernichtung der Constitution und der Union angewendet hat, aber er wird vor dem Volke nicht stärker sein, als die Politik, die er repräsentirt, wenn die Demokraten und Conservativen sich herzlich vereinigen und gegen ihn einen Staatsmann oder einen Soldaten nominiren, dessen Geschichte seiner patriotischen Dienste ebenso unbestritten, wie die seinige ist.

Die wichtige Frage zwischen beiden Parteien wird dann gehörig erwogen, und die Vernunft, nicht das Vorurtheil des Volkes, wird dann die Wahl entscheiden.

Der Zweck dieser Convention ist, mit der demokratischen Partei zu berathen und zusammen zu wirken, der Nation einen Candidaten für die Präsidentschaft zu präsentiren, der die Unterstützung aller derjenigen herausfordert, die da wünschen, die Verheerungen des Krieges auszumerzen den Militärdespotismus abzuschaffen, der jetzt den Süden beherrscht, den südlichen Staaten das Recht der Selbstregierung und einer ebenbürtigen und brüderlichen Union zurückzugeben, und der Nation eine sparsame und constitutionelle Regierung wieder herzustellen.

Folgen die Unterschriften der Mitglieder des National-Executiv Comite's

Der Prozeß von Jeff. Davis auf den November verschoben.

Richmond, Va., 3. Juni. Der V. St. Gerichtshof hielt heute Morgen Sitzung unter Präsidium von Obar-Richter Chase und Richter Underwood. Der Ober-Richter rief den Fall von Jefferson Davis auf, und Mr. Anderson von Mississippi, einer von Davis Vertheidigern, verlas einen Antrag auf Vertagung bis zum Oktober, gezeichnet von Mr. Evarts und Mr. O'Connor. Der Oberrichter fragte, ob die Anwälte trotz alledem bereit wären zur Verhandlung.

Governor Wells, Seitens der Anklage, antwortete, daß in Rücksicht auf die Abwesenheit des Distrikt Anwalts, dessen Frau im Sterben liege, ferner auf die von Mr. Davis zufolge dieses Antrags, und von Mr. Evarts, der den V. St. Anwalt repräsentire, der Prozeß nicht gut zur Verhandlung kommen könne. Der Anwalt für die Vertheidigung beantragte Vertagung bis zum nächsten Termin; der Oberrichter gestand das zu und erklärte, daß es ihm lieber gewesen wäre, der Prozeß hätte im Mai vorigen Jahres oder im letzten Herbst oder jetzt stattgefunden, doch werde er zugegen sein, wenn er könne.

Die Zeugen, einschließlich Gen. Robert E. Lee, wurden auf den vierten Montag im November vorgeladen und die Bürgschaft von Jeff. Davis wurde erneuert.

Neger-Tumult in Washington. Zwei Weiße ermordet.

Am 1. Juni war Stadtwahl in Washington. Abends ergab die Zählung der Stimmen einen Sieg der Conservativen, welche denselben sofort durch Prozessianen, Reden etc. feierten. Aber siehe da! Am Morgen des 2. hatte sich plötzlich die Sache gewendet. Das Facit war ein anderes geworden und die „Republikaner" der Mehrzahl nach aus Negern bestehend erhielt jetzt eine geringe Mehrheit. Nun feierten diese den unverhofften Sieg nach ihre Weise mit verdoppelten Skandal, Geheil und Unfug. Sie warfen in einer Anzahl Häuser von Gegnern die Fenster ein, demolirten Läden und Grocerien und brachten ihren Führern lärmende Demonstrationen. Unter andern erhielt auch Col. J. W. Forney, als Inhaber des Chronicle eine Ovation.

Der Colonel hielt sofort eine höchst aufreizende Rede, er ermahnte die Neger für ihre Rechte einzustehen und sich gegen ihre Feinde zu rüsten; es warne die Mitglieder von 2 aufgelösten Rebellion-Regimenten in der Stadt, welche die Absicht hatten, über die Schwarzen herzufallen, sich vorzusehen.

Die Aufregung der Schwarzen nahm jetzt noch zu; es kam zu weiteren Excessen, das Haus eines Wahlrichters und die Office des National Intelligencers wurden angegriffen; und schließlich kam es zu Blutvergießen. Ein Neger schimpfte 3 Weiße, denen er begegnete, Rebellen, und als diese sich gegen ihn wandten schnitt er einem mit einem Rasirmesser über das Handgelenk, eine Aterie wurde verletzt und bald darauf war der Mann eine Leiche. In einem anderen Theil der Stadt wurde ein Soldat des 12. Infanterie Regimentes angegriffen und mit einem Rasirmesser über die Rippen geschnitten; die Wunde war so, daß bald darauf der Tod folgte. Man glaubt daß jeder Neger mit einem Rasirmesser bewaffnet ist. Noch andere Personen sind mit Rasirmessern angegriffen worden.

Bei einem Angriff auf eine Apotheke, Ecke 7. und Hstr., kamen auch kurze Musketen, Clubs und Pistolen zum Vorschein; daselbst erhielt ein junger Mann zwei tiefe Schnitte mit einem Rasirmesser über der Hüfte. Als die Prozession der Neger durch Fstr. marschire plünderten 30 oder 40 Neger die Restauration von Smith, schlugen den Eigenthümer nieder, und stahlen $43 und eine Anzahl Flaschen. Fenster wurden hier und da eingeworfen, und Schüsse fielen in manchen Plätzen. Personen in Häuser wurden durch geschleuderte Steine verletzt.

Am 3. Abends war alles verhältnißmäßig ruhig, doch fürchtete man neue Gewalthaten Seitens der Farbigen, die in großer Aufregung sind. Sie sollen Angriffe auf eine Anzahl Gegner der „Radikalen" beabsichtigen, und namentlich die Office des „Intelligencers" zerstören wollen. Wenigstens verlangte diese den besonderen Schutz der Polizei, der ihr jedoch versagt wurde, da keine begründete Besorgniß vorliege und die Polizei hinreichend gerüstet sei gegen etwaige Tumulte. Einzelne Schlägereien kamen indessen vor. Von den Mördern der beiden Weißen hat man keine Spur. Die größte Erbitterung herrscht unter den Weißen wegen des Gebrauchs von Rasirmessern Seitens der Schwarzen, welches eine von deren Lieblingswaffen ist.

Das neue Registrirungs-Gesetz vor der Supreme Court.

Letzten Donnerstag wurde das Injunctionsgesuch von den Herren Page und Anderen in Philadelphia vor die Supreme Court gebracht, um die Constitutionalität des infamen von der letzten radikalen Gesetzgebung passirten Registrirungsgesetzes zu erproben. Gegenwärtig waren Chief Justice Thompson und Richter Strong, Reed, Agnew und Sharswood.

Die Kläger wünschen, wie schon bemerkt, eine Entscheidung über die Constitutionalität des Gesetzes zu erlangen, und stützen ihre Beschwerden auf folgende Punkten:

1. Die Kläger haben als Tarzahler und Bürger das Recht durch ein Verfahren „in equity" oder anderswie die Verausgabung von Geldern zu verhüten.

2. Ein im Widerspruch mit der Constitution erlassenes Gesetz der Legislatur ist null und nichtig, und die Pflicht der Gerichte ist es, dies zu erklären. (Siehe Cronise vs. Cronise 4 P. F. Smith 255 und Jones vs. Jones 2. Jones 350.)

3. Das Gesetz der Legislatur vom 4. Ap. '68 ist in dieser Weise unconstitutionell und muß bei Seite gesetzt werden.

Art. 3 der Constitution von Penna. erklärt, wer das Wahlrecht haben soll; und die nach diesem Art. Stimmberechtigten werden durch das Gesetz vom 4. Ap. in der Ausübung ihres Rechts behindert.

Wo die Constitution spricht, muß die Legislatur schweigen und die Bestimmungen der erzteren über Stimmberechtigung sind klar u. unzweifelhaft. (Siehe Conventionsdebatten vol. 3 pag. 77 u. 157.)

Die Unconstitutionalität des Gesetzes vom 4. Ap. besteht in Folgendem:

1) Schreibt es eine neue Qualifikation vor.

2) Nimmt es ein dem bezeichneten Wähler zuständiges Recht.

3) Macht es die Wahl „unfrei", weil es eine Untersuchung von Parteiansichten vorschreibt, indem Sect. 12 sagt „nicht alle Canvasser sollen von derselben politischen Partei sein.

4) Eine Wahl nach dem betreffenden Gesetz wäre „ungleich", weil verschiedene Arten von Wählern für dasselbe Amt constituirt werden. (Kelly vs. den Staat Ohio N. S. 269; Chase vs. Miller 5 Wright 603.)

Sect. 1. Art. 5. Der Constitution sagt: — „Die Judicial-Gewalt des Staates wird verliehen einer Supreme Court, der Court of Oyer und Terminer und dem Criminalgericht, der Court of Common Pleas, Waisen Court, Registers' Court und den County Criminalgerichten, den Friedensrichtern u. solchen anderen Gerichten als von Zeit zu Zeit bestimmt wird." Das anerkannte Gesetz ist, daß richterliche Beamte nicht gezwungen werden können, andere als richterliche Handlungen vorzunehmen. (Kuhn vs. Bank P. St. 2 Ashm. 173 u. a. m.)

Mr. Biddle eröffnete das Argument für die Kläger. Er erklärte, daß die Ausführung des Gesetzes mindestens $80,000 kosten werde, wozu die Kläger ihren Antheil zu zahlen hätten; sie seien deßhalb zur Erhebung der Klage berechtigt.

Mr. Biddle führte an, daß die Constitution jedem Bürger zu stimmen erlaube, der 1 Jahr im Staate, und 10 Tage in dem betreffenden Wahldistrikt gewohnt habe, während dies Gesetz nur solchen Personen zu stimmen erlaube, deren Namen von den „Canvassers" in den Listen eingetragen sind.

Mr. Rawle, Anwalt für die Verklagten, behauptete, daß Niemand durch das Gesetz beschädigt werde, und also Niemand eine Recht zur Klage habe.

Ein Registrirungsgesetz war nothwendig, um dem großen Unfug zu steuern, welcher alljährlich unsere Polls entehrt. Acht Staaten mit Constitutionen wie die unsrige, hätten erklärt, daß Registrirungsgesetze gemacht werden müßten, und sollte Pennsylvanien der erste sein, solches Gesetz für unconstitutionell zu erklären? (Nur nicht so schnell, Mr. Rawle: die acht Staaten haben das Registrirungsgesetz weder verlangt noch freiwillig angenommen; man hat ihnen das verhaßte Gesetz durch Negerstimmen und Militärgewalt aufgezwungen, ja **aufgezwungen!** — Anm. d. Herausg.) Die Verfasser der Constitution von 1838 anerkannten die Constitutionalität eines Registrirungsgesetzes, da sie das damals geltende Gesetz von 1836 nicht anführten; aber aus politischen Gründen nahmen sie es nicht in die Constitution auf, sondern überließen es der Legislatur.—(Also, aus politischen Gründen nahmen sie es nicht auf! Wie bescheiden.—A.d.H.)

Die Legislatur nahm 1839 den Gegenstand auf und erließ die Wahlgesetze, welche bis zu dieser Akte vom letzten April in Kraft waren, und sie reguliren die Akte der Beweisführung; als Zeuge sollten nicht zulässig sein: die Tochter oder der minderjährige Sohn Desjenigen, welcher stimmen wollte, oder ein Ausländer, der nur erst seit einigen Monaten im Lande war, sondern nur ein berechtiger Wähler. Hier war eine Beschränkung, aber es war noch Niemand eingefallen zu behaupten, daß sie unconstitutionell wäre. (Sieht man hier nicht den nativistischen Pferdefuß hervorstecken? Ist der Beweis hier nicht klar genug, daß das Registrirungsgesetz den Ausländern gilt?—Anm. d. Herausgbrs.)

Wenn das Gesetz unconstitutionell wäre, welches richterliche Beamte ermächtigt, nicht richterliche Amtshandlungen vorzunehmen, so hätten die Richter unserer Stadt seit 1824 der Constitution zuwider gehandelt, indem sie Schuldirektoren, Park Commissioners ꝛc. anstellten. Das könnte aber nicht der Fall sein. Was den Einwand gegen die Wahl der Canvasser von verschiedenen Parteien angehe, so wäre derselbe sehr schwach, denn diese Bestimmung sei weise und billig, und die Common Pleas hätten ein ähnliches Erforderniß seit vielen Jahren aufrecht erhalten.

Mr. Wm. B. Mann trat gleichfalls für die Verklagten auf und bemühte sich, die Vortheile der Akte in's Licht zu stellen. Die Wahlbeamten hätten jetzt dieselben Rechte wie früher. Die Akte gebe keine Gelegenheit, ungesetzliche Voten in die Stimmkasten zu bringen, würde aber viele solche Leute abhalten, hinzugehen. Da 3 Canvasser auf jeden Distrikt von 400 Bürgern kämen, so könnte nicht verborgen bleiben, was sie thäten, und man habe zehn Tage Zeit zu untersuchen, was geschehen sei. Wer zum Stimmen berechtigt und nicht in die Listen aufgenommen worden sei, habe 10 Tage Zeit, ein Mandamus zu erlangen und seine Eintragung zu erzwingen. Unberechtigte könnten nach diesem Gesetz ihre Namen nicht auf die Listen setzen lassen; Berechtigte aber könnten ihr Recht in Ruhe vor Gericht verfolgen, während nach dem alten Gesetze ihnen nur ein Tag dazu verstattet gewesen wäre, und das unter Lärmen und Geschrei.

Die einzige Aenderung, welche durch diese Bills beabsichtigt wäre, sei die Art der Feststellung des Wohnortes. Es solle nur im Voraus bewiesen werden, was, auf Anfechtung, hätte bei der Wahl erwiesen werden müssen; es sei nur die Absicht, den Wahlbeamten Erleichterung zu verschaffen, und das Stimmen leichter zu machen. Um über die Schwierigkeiten in dem Gesetze hinweg zu gelangen, brauche man nur zu erklären, daß der gewöhnliche Mann, welcher den erforderlichen Beweis nicht beibringen würde, nicht damit gemeint sei, so wie ferner, daß das Gesetz sich nicht auf diejenigen beziehe, von welchen verlangt würde, daß sie bewiesen, was nicht bewiesen werden könnte, und wenn es auf sie Bezug hätte, so würden sie sich bloß einer Untersuchung derselben Art durch die Canvasser zu unterwerfen haben, wie nach den alten Gesetzen. Die Absicht der Legislatur sei ehrlich; sie hätte uns ein ehrliches Gesetz geben wollen, und wenn sie dabei einen Mißgriff beging, so könnte das Niemand schaden. (Also ein Mißgriff schadet niemals! Und doch?) Ihre gute Absicht sollte nicht vereitelt werden. Die Kläger repräsentirten Personen, welche noch nicht zum Vorschein gekommen wären, und ehe eine Klage wegen Beeinträchtigung verkäme, sei keine Abhülfe nöthig.

Mr. Hirst, für die Kläger, rekapitulirte die Anführungen seiner Vorredner und sagte dann, die vorliegende Akte betreffe das höchste Gut freier Männer und enthalte nicht einen Punkt, welcher mit der Constitution in Uebereinstimmung sei. Man habe von gegnerischer Seite versichert, sie sei von einer wohlmeinenden Legislatur verfaßt, welche uns ein gutes Wahlgesetz zu geben beabsichtigte, und es wohl überlegt hätte. Sie sei aber in Wahrheit von einer Partei-Majorität für Parteizwecke gemacht worden. Mr. Mann selbst habe den Entwurf ausgearbeitet, was derselbe nicht leugnen könne. Es wäre ein monströses Ding; das Amendment von Mr. Thorne allein sei 7 Fuß lang. Als dies Ding vor die Legislatur gebracht wurde, hätten einige Mitglieder den Druck verlangt, damit man den Entwurf lesen könnte; dies sei aber nicht geschehen. Dann wurde ein Aufschub von einem oder zwei Tagen verlangt, damit man wenigstens Etwas von dem Inhalte erfahren könnte; auch dies sei abgeschlagen worden, und 20 Stunden nach ihrer Einführung sei die Bill zum Gesetz erhoben worden, und Niemand hatte sie in dieser Zeit auch nur überlesen können! Wenn man Zeit gewährt hätte, so würde die Akte nicht ein so unglaubliches Ding geworden sein und ihr jetziger Vertheidiger würde nicht in die Lage gekommen sein, sie als eine legislative Pfuscherei zu bezeichnen—eine Beleidigung für die Legislatur, da diese den Entwurf nie gelesen hatte und nicht wußte, was darin stand.

Mr. Hirst ging dann auf einzelne Punkte der Akte ein. Er sagte: wenn keine Ungerechtigkeit darin liege, daß den Alderman die Anstellungsgewalt gegeben wurde, unter denen eine Partei Majorität bestände, was würde dann, wenn Parteien wechselten, den Staats Governör hindern diese Gewalt auszuüben? Da wären 70 Leute um die Canvasser für 270 Precincts zu bestellen. Diese Canvasser sollten jeder täglich $5 erhalten, was $125,000 kosten würde und nicht $81,225 wie angegeben worden. Es gäbe viele Wähler, die nur bei Präsidentenwahlen mitstimmten; diese würden von Staats- u. County Wahlen ausgeschlossen sein, weil sie nicht das Jahr zuvor gestimmt hätten. Alljährlich gelangten Viele zur Majorcanität, Viele während der 10 Tage vor der Wahl.—Diese würden zurückgewiesen werden, weil sie nicht im vorhergehenden Jahr gestimmt hätten. Für alle diese Fälle sei gesorgt soweit es den Staat im Allgemeinen betäfe, aber nur das arme gesetz-gekneebelte Philadelphia seufze unter diesen ungerechten Forderungen.

Aus demselben Grunde seien alle während der letzten 11 Monate naturalisirten Bürger am Stimmen verhindert, und viele Andere. Denn auf jede Division von 400 Bürgern kämen 3 Canvasser, und keiner davon könnte aus eignem Wissen mehr als 20 Stimmenberechtigte auf seine Liste setzen; und die Canvasser hätten einen Eid zu leisten, daß sie nach ihrem Wissen handelten, und für die Verletzung dieses Eides ständ der District Attorney hinter ihnen mit Criminal Untersuchung, Geldbuße und Gefängnißstrafe. Jedes Gesetz, welches die Entscheidung über ein Recht, ohne Appellation, in die Hände von Männern lasse, welche nur nach ihrem eignen Wissen und nicht nach Zeugenaussagen zu urtheilen hätten, sei ungerecht und nichtig; und dies sei ein solches Gesetz.—Vertagt.

Verdienter Tribut.

Als am vorigen Montag den 1. Juni die Nachricht vom Tode des Ex-Präsidenten Buchanan in dem Obergericht von Pennsylvanien angezeigt wurde, beantragte der Generäl Staats-Anwalt Fon, Benjamin Harris Brewster die Vertagung des Gerichts, und begründete diesen Antrag mit folgendem beredten Tribut, welchen er dem Andenken des verstorbenen Staatsmannes darbrachte. Er sprach:

Mit Genehmigung des Gerichts, Herr Oberrichter! es ist mir Seitens der Advokaten des Gerichts der Auftrag geworden, dem ehrenwerthen Gerichtshof den Tod eines Mitbürgers von großem öffentlichen Ansehen, den Tod des ehrenwerthen James Buchanan, des früheren Präsidenten der Ver. Staaten, anzuzeigen. Da das Distrikt Gericht bereits aus Veranlassung dieser traurigen Nachricht vertagt hat, so hält es die gesammte Anwaltschaft für geeignet, daß ich, als ihr offizieller Vertreter diesen Trauerfall dem Gericht sofort anzeigen soll. Ich thue es mit den Gefühlen der tiefsten Trauer. Schon in meiner Jugend stand ich in inniger und vertraulicher Beziehung zu Mr. Buchanan. Er bewies mir die größte Theilnahme und Aufmunterung. Während der Verwaltung von Mr. Polk war er